Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Sachsen & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 36. | Dresden, Dienstag den 12. Februar 1918. | 29. Jahrg.

Verschärfter Kriegszustand in Rußland – Der deutsch-ukrainische Zusatzvertrag – Hertling und die Wahlreform

Was wird im Osten?

Auf die Mitteilung vom Friedensschluß zwischen Deutschland und der Ukraine hat Trotzki mit heftigem Protest geantwortet und der Zentral-Rada erneut jede Berechtigung zu internationalen Verträgen abgesprochen. Zugleich hat er für die bolschewikische Regierung die Erklärung abgegeben, daß sie auf einen formellen Friedensschluß verzichte, aber den Kriegszustand als beendigt ansehe und die vollständige Demobilisierung des Heeres bereits angeordnet habe. Zugleich ist in Rumänien einer der schuldigsten am Völkermord, der Ministerpräsident Jonel Bratianu, zurückgetreten und durch den General Averescu ersetzt worden, der politisch nicht vorbelastet ist und freie Hand zum Friedensschluß hat.

Das erste natürliche Gefühl gegenüber diesen Meldungen ist das der Freude über die weitere Bekräftigung der Waffenruhe im Osten. Wenn Deutschland will, gibt es von heute an keine Ostfront mehr. Der Zweifrontenkrieg ist erledigt, die Gegner an der einen Front haben die Waffen niedergelegt. Die Hoffnung steigt und wird zur inneren Gewißheit, daß es schließlich der deutschen Regierung doch noch gelingen wird, den allgemeinen Frieden zu erreichen, daß die freigewordenen Heere schließlich auch den Feind im Westen, der sich noch in maßlosen Kriegsansagen ergeht, zwingen werden, das Waffenspiel als aussichtslos zu beenden.

Aber die Genugtuung darüber darf die Tatsache nicht verhüllen, daß eine feste Neuordnung im Osten noch nicht erreicht ist, sondern alles chaotisch bleibt wie bisher. Das russische Heer lief sowieso auseinander, und zu neuem Kampfe fehlte den Russen alles: Soldaten, Disziplin, Munition, Verpflegung und Sanitätswesen. Die Bolschewiki geben nur halb offen zu, was wir schon wußten, daß sie nicht mehr kämpfen können. Zugleich machen sie den Rest ihrer Truppen bereit für den Bürgerkrieg, für die gewaltsame Unterdrückung der Ukraine und Finnlands.

Was nun Deutschland tun soll, ist schwer zu sagen. Daß die besetzten Gebiete geräumt werden, ehe der Friede unterzeichnet ist, ist höchst unwahrscheinlich. So lange aber die russische Besetzung fortdauert, ist es wiederum schwierig, die Entwicklung der neuen Staaten im Osten planmäßig zu fördern. Man sollte gleichwohl den Versuch machen, wirkliche Volksvertretungen in Litauen und Kurland zu schaffen, eine nationale Verwaltung und eine nationale Miliz zu bilden und auf diese Weise die neuen Zwischenstaaten auf eine Grundlage zu stellen. Je besser diese Staatswesen ausgebaut werden, um so rascher kommt der Tag, an dem die deutschen Besatzungstruppen von dort zurückgezogen und zu sicherer Arbeit in die Heimat zurückgeführt werden können. Viel wird für die Zukunft von der weiteren Entwicklung der innerrussischen Verhältnisse abhängen. Werden die Trotzki und Lenin noch lange die Macht in Rußland behaupten oder werden sie von einer neuen Regierung abgelöst werden?

Wenig mehr als drei Monate sind jetzt die Bolschewiki an der Gewalt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse zu bessern, haben sie bisher versagt geblieben. Die Not der breiten Massen in Rußland wird am Jahrestage der großen Revolution schlimmer und hoffnungsloser sein als je. Die Lebensmittelversorgung ist ins Stocken geraten, die Fabriken stehen still, Hunger und Arbeitslosigkeit herrschen überall, und in Verzweiflungsausbrüchen wendet sich die notleidende Masse nun auch schon gegen die Bolschewiki, die sie als falsche Propheten verwirft.

Gleichwohl sind wir nicht sicher, daß die Herrschaft der Bolschewiki bald ihrem Ende entgegengeht. Sie ist heute eine Militärdiktatur, nicht wie man sie bisher in der Geschichte kannte, eine Diktatur der Heerführer, sondern eine solche der Soldaten, der Roten Garden. Die Bolschewiki werden das Heer demobilisieren, aber diese Schutztruppe ihrer Herrschaft nicht, und bisher sieht man noch nicht die Macht, welche imstande wäre, sie zu überwältigen. Es ist eine Diktatur des revolutionären Proletariats aufgerichtet, aber sie sieht wesentlich anders aus, als wohl alle Sozialdemokraten sich vorgestellt haben.

Rußland macht gegenwärtig eine Gärung durch, die so heftig ist, daß sie dem Lande die Vertragsfähigkeit zu internationalen Abmachungen nahezu nimmt; weiß doch niemand, was morgen sein wird. Wir können nur hoffen, daß bei unseren östlichen Feinden der Friedenswille siegt, ehe auch diese Zerrüttung zu tief gefressen hat, und daß Rußland bald den Ausweg zu dauerhafteren und gesünderen Zuständen findet.

•

Der Vorwärts schreibt u. a. zu der Erklärung Trotzkis: Deutschland hat gegenüber Rußland so ziemlich alles erreicht, was es mit militärischen Mitteln zu erreichen ist. Er behält die besetzten Gebiete, soweit sie nicht zur Ukraine gehören, in der Hand. Er kann, solange er sich nicht durch einen Friedensvertrag in anderer Weise bindet, mit ihnen machen, was er will. Würde er diese Gebiete einfach annektieren, so wäre ein mit militärischen Mitteln unterstützter Widerstand nicht zu fürchten. Er kann ferner, da sich ihm kein Gegner stellt, das Besetzungsgebiet noch weiter ausdehnen. Er kann schließlich auch den Versuch machen, durch Fortsetzung des militärischen Drucks die Bereitschaft der gegenwärtigen oder der künftigen Regierung Rußlands zur Unterzeichnung des Friedensvertrags zu erzwingen.

In einem gewissen Teil der deutschen Presse macht sich mit dem üblichen Ungestüm eine Strömung geltend, die das letzte Verfahren als das einzig sachgemäße empfiehlt. Ob es durchgeführt wird, hängt — so nehmen wir wenigstens an — von der verantwortlichen Stelle ab, die mit sich über die Aussichten eines solchen Verhaltens zu Rate gehen muß. Wie würde es auf das deutsche Volk wirken, wenn die Regierung, im Gegensatz zu Trotzki, den Kriegszustand für noch nicht beendet erklären würde? Wie auf Deutschlands Verbündete? Und läßt sich wirklich erwarten, daß Deutschland bei Fortsetzung des Kriegszustandes alsbald eine dem Friedensschluß geneigtere Russenregierung finden würde?

Wie die deutsche Sozialdemokratie über diese Frage denkt, ist bekannt. Sie will die Beseitigung jedes unklaren Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland, und sie will darum nicht nur die Beendigung des Kriegszustandes, sondern den wirklichen Frieden. Diesen will sie aber auf solcher Grundlage, daß seine Anerkennung durch das russische Volk zu erwarten ist. Es soll ein Band sein, das die Völker miteinander verbindet und nicht ein Joch, das wieder abgeschüttelt wird, wenn die Machtverhältnisse es gestatten.

Irreführend ist jedoch die Vorstellung, daß die deutsche Arbeiterklasse durch Gewalt die Macht an sich reißen könnte, um Rußland beizuspringen. Ein solches Beginnen wäre nicht nur aussichtslos, sondern auch den demokratischen Grundsätzen widersprechend und im Hinblick auf den fortdauernden Kriegszustand im Westen gefährlich. Denn wir hätten, wenn Deutschland in die Lage geriete, in der sich Rußland jetzt befindet, sicher nicht mit einer Erhebung der englischen und der französischen Arbeiterklasse zu rechnen, die für die Unversehrtheit des deutschen Gebietes einträte.

•

Abreise der Delegationen aus Brest-Litowsk.

Wie das Berliner Tageblatt erfährt, hat Herr v. Kühlmann und die Mitglieder der deutschen Delegation gestern abend Brest-Litowsk verlassen. Sie werden heute mittag in Berlin eintreffen. Auch Graf Czernin und sein Mitarbeiter sind gestern abend von Brest-Litowsk abgereist. In einigen Zeitungen wird die Möglichkeit angedeutet, daß Deutschland den Waffenstillstandsvertrag mit Rußland nicht erneuern werde. Es ist fraglich, ob nach der Erklärung Trotzkis und der Demobilisierung der russischen Armee ein Waffenstillstandsvertrag überhaupt noch besteht. Der Waffenstillstandsvertrag ist, wie das Berliner Tageblatt berichtet, zwischen den Armeen abgeschlossen worden. Er setzt die Existenz der Vertragsparteien voraus, und man kann sehr wohl die Auffassung vertreten, daß er von selbst in dem Augenblick seine Gültigkeit verliert, wo die eine der Parteien nicht mehr vorhanden ist.

•

Die Verwirrung in Rußland.

In Rußland dauern die Plünderungen und Unruhen fort. Es scheint, daß die Verwirrung noch in steter Zunahme begriffen ist. Der Kommissar für Petersburg, Blagonrawow, gibt bekannt, daß die Pogroms mit Maschinengewehrfeuer unterdrückt wurden. Vorige Woche wurden bei den Pogromen 18 Banditen erschossen, 32 verwundet und 43 verhaftet. Blagonrawow gibt weiter bekannt, daß in Zukunft **jeder Bürger, der bei der Plünderung ertappt wird, erschossen werden soll.** Besondere Urteile sind nicht nötig.

Nach einem Stockholmer Telegramm wird Aftonbladet aus Petersburg gedrahtet: **Der verschärfte Kriegszustand ist über ganz Rußland verhängt worden. Pest und Cholera breiten sich aus.** Die Sterblichkeit ist auf eine schreckliche Höhe gestiegen. In Petersburg sterben täglich 600 Menschen. Es fanden neue Unruhen statt. Die Rote Garde schoß auf die Demonstranten.

In der Nacht zum 7. Februar drangen **Bewaffnete in die Auferstehungskirche in Petersburg und plünderten.** Sie wurden von lettischen Schützen überrascht und flohen nach heftigem Kampfe. In vielen Stadtteilen fanden **Plünderungen von Geschäften und Weinlagern statt.** Auf der Mytninstey-Straße wurde ein zwecklos mit dem Revolver um sich schießender Soldat von der Menge gelyncht.

Der Rat der Volkskommissare in Petersburg hat durch seinen Vorsitzenden Lenin folgenden Befehl an die Kreisstäbe und die Eisenbahnausschüsse erlassen: Es sind die entschiedensten revolutionären Maßnahmen dazu zu treffen, damit nicht ein einziger Gefangener oder Flüchtling sich nach Petersburg oder den hungernden nördlichen Gebieten wende. Wir machen im voraus darauf aufmerksam, daß hier **Kriegsgefangene oder Flüchtlinge kein Brot erhalten und zum Hungertode verurteilt sind.** Sie sind nur nach den mit Getreide versehenen Gouvernements zu leiten.

•

Die russische Demobilisierung.

Der Korrespondent des Berl. Tagebl. berichtet aus dem K. u. K. Kriegspressequartier: Schon vor der Friedenserklärung Trotzkis begann sich die russische Demobilisation als Folge der inneren Auflösung zu vollziehen. Im ukrainisch-rumänischen Grenzgebiet begegnete ich den abziehenden Kolonnen der Russen, die die rumänische Front verstärkten. Das zur 8. Armee gehörige 18. Korps machte noch einen letzten Versuch, die rumänische Front zu durchbrechen, mußte aber blutig zurückgewiesen, ebenfalls zurückkehren, und trat den Rückzug auf österreichischen Boden.

•

Der deutsch-russische Gefangenenaustausch.

Wie wir hören, haben die in St. Petersburg zwischen Delegierten der deutschen und russischen Regierung gepflogenen Beratungen **über Gefangenenfragen nach längeren Verhandlungen** zunächst zur Unterzeichnung **eines Abkommens geführt, wonach die beiderseitigen dienstuntauglichen Kriegsgefangenen möglichst bald in ihre Heimat übergeführt werden sollen.** Entsprechende Abkommen mit Rußland sind auch von den bereits in Petersburg anwesenden österreichisch-ungarischen, bulgarischen und türkischen Vertretern unterzeichnet worden. Bei den zur Zeit in Rußland herrschenden Verkehrsverhältnissen wird man freilich mit nicht unerheblichen Verzögerungen in der Ausführung des Transports rechnen müssen, doch ist zu hoffen, daß es gelingen wird, die in dieser Richtung bestehenden Schwierigkeiten in verhältnismäßig kurzer Zeit zu beheben.

•

Der Zusatzvertrag mit der Ukraine.

† In dem mit der ukrainischen Volksrepublik vereinbarten Zusatzvertrag heißt es bezüglich der Aufnahme der

konsularischen Beziehungen:

Jeder vertragschließende Teil wird die Konsuln des andern Teiles an allen Plätzen seines Gebietes zulassen, sowie nicht bereits vor dem Kriege für einzelne gemischtsprachige Plätze oder Gebietsteile Ausnahmen bestanden und diese Ausnahmen nach dem Kriege jeder dritten Macht gegenüber gleichmäßig aufrechterhalten werden.

Jeder Teil behält sich vor, aus Gründen der Kriegsnotwendigkeit an gewissen Plätzen Konsuln des andern Teiles erst nach Abschluß des allgemeinen Friedens zuzulassen. Jeder vertragschließende Teil wird alle Schäden ersetzen, die durch völkerrechtswidrige Handlungen konsularischen Beamten des andern Teiles angestiftet oder an Konsulatsgebäuden dieses Teiles angerichtet worden sind.

Die Verträge, Abkommen und Vereinbarungen, die zwischen Deutschland und Rußland vor der Kriegserklärung in Kraft gewesen sind, treten zwischen den vertragschließenden Teilen vorbehaltlich abweichender Bestimmungen des Friedensvertrags und dieses Zusatzvertrags bei deren Ratifikation mit der Maßgabe wieder in Kraft, daß, soweit sie für eine bestimmte Zeit abschließbar sind, diese Zeit um die Kriegsdauer verlängert wird.

Jeder vertragschließende Teil kann [illegible] sechs Monaten nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags die Verträge usw. oder deren einzelne Bestimmungen [illegible] Auffassung mit den während des Krieges eingetretenen Veränderungen in Widerspruch stehen. Diese Vertragsbestimmungen sollen tunlichst bald durch neue Verträge ersetzt werden, die den veränderten Auffassungen und Verhältnissen entsprechen. Zur Ausarbeitung dieser neuen Verträge wird binnen sechs Monaten nach der Ratifikation des Friedensvertrags eine Kommission zusammentreten. Soweit sich diese binnen drei Monaten nicht einigt, steht es jedem Teil

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180212/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG